

Peter Jürgen Lipperheide

Die Arbeitnehmer-  
vertretungen und ihre  
Bedeutung bei einem  
deutschen Betrieb  
eines Unternehmens  
mit Sitz im Ausland

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

B 3 83 12



PETER D. LANG

Frankfurt am Main · Bern · Cirencester/U.K.

## Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	1
<u>I. TEIL</u>	
<u>DIE ARBEITNEHMERVERTRETUNGEN</u>	3
<u>A. Der Betriebsrat und die Jugendvertretung</u>	3
I. Der Betriebsrat	3
1. Die Rechtsnatur des Betriebsrates	3
2. Die Errichtung des Betriebsrates	7
3. Die Zusammensetzung und die Anzahl seiner Mitglieder	9
4. Die allgemeinen Aufgaben und die Zuständigkeit des Betriebsrates	11
II. Die Jugendvertretung im Betrieb	16
1. Errichtung, Aufgaben und Rechtsstellung	16
2. Das Verhältnis zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat	18
<u>B. Der Gesamtbetriebsrat</u>	19
I. Die Rechtsnatur des Gesamtbetriebsrates	19
II. Seine Errichtung und Zusammensetzung	19
III. Die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder	22
IV. Seine Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz	22
V. Sein Verhältnis zu den einzelnen Betriebsräten	27

	Seite
<u>C. Der Konzernbetriebsrat</u>	28
I. Errichtung, Zusammensetzung und Auflösung	29
II. Seine Zuständigkeit	32
III. Die Aufgaben seiner Mitglieder	35
IV. Seine Bedeutung in Relation zum Gesamtbetriebsrat und zu den einzelnen Betriebsräten	35
<u>D. Der Wirtschaftsausschuß</u>	36
I. Seine Errichtung, Bestellung und Zusammensetzung	36
II. Seine Zuständigkeit	40
III. Die Rechtsstellung seiner Mitglieder	42
<u>E. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat aus der Sicht des Betriebsverfassungsrechts</u>	44
I. Überblick über die Arten der Mitbestimmung im Hinblick auf die Unternehmensverfassung	44
II. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter	48
III. Die Rechtsstellung und die Aufgaben der Arbeitnehmervertreter	50
<u>F. Die Regelung von Streitigkeiten zwischen den Vertretungen der Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber</u>	54

	Seite
<u>II. TEIL</u>	
<u>DAS BETRIEBSVERFASSUNGSRECHT UND AUSLÄNDISCHE UNTERNEHMEN</u>	59
<u>A. Die Rechtsnatur des Betriebsverfassungs- gesetzes</u>	59
I. Öffentlich-rechtlicher Charakter	59
II. Privatrechtlicher Charakter	63
III. Zwischenergebnis	64
<u>B. Der Anwendungs- und Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes</u>	65
I. Die Bedeutung des Geltungsbereichs des Betriebsverfassungsgesetzes für Unternehmen mit Sitz im Inland und Betrieben im In- und Ausland	65
1. Geltung für das Unternehmen im Inland	65
2. Geltung für die Betriebe	67
a) Der Begriff des Betriebes	67
b) Inländische Betriebe	68
c) Inländische Betriebe mit Aus- strahlung ins Ausland	70
d) Ausländische Betriebe eines in- ländischen Unternehmens	73
II. Die Bedeutung des Geltungsbereichs des Betriebsverfassungsgesetzes für Unternehmen mit Sitz im Ausland und Betrieben sowohl in ihrem Heimatland als auch in der Bundes- republik Deutschland	76
1. Geltung für das Unternehmen im Ausland	76
2. Das Betriebsverfassungsgesetz für aus- ländische Betriebe ausländischer Unter- nehmen	77
3. Das Betriebsverfassungsgesetz für Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland	77

	Seite
III. Die Besonderheiten für die Luft- und Seeschifffahrt	78
1. Der Geltungsbereich für die Seeschifffahrt	78
2. Der Geltungsbereich für die Luftfahrt	80

### III. TEIL

DIE RECHTSANALYTISCHE AUSWIRKUNG DES BETRIEBSVERFASSUNGSRECHTS AUF DIE ARBEITNEHMERVERTRETUNGEN IN DEUTSCHEN BETRIEBEN VON UNTERNEHMEN MIT SITZ IM AUSLAND	81
--	----

---

<u>A. Der Betriebsrat und die Jugendvertretung</u>	82
I. Die Auswirkungen im Hinblick auf den Betriebsrat	82
II. Die Position der Jugendvertretung	83
<u>B. Die Rechtsstellung eines Gesamtbetriebsrates</u>	84
I. Auswirkungen auf seine Errichtungsmöglichkeiten	85
II. Die Beschränkung des Wirkungskreises des Gesamtbetriebsrates	87
III. Das Spannungsverhältnis zwischen der Zweckbestimmung des Gesamtbetriebsrates und dem Territorialitätsprinzip	90
IV. Zwischenergebnis	92

	Seite
<u>C. Bedeutung eines Konzernbetriebsrates eines ausländischen Unternehmens mit deutschen Betrieben</u>	93
I. Die Stellung des Konzernbetriebsrates und seine Errichtungsvoraussetzungen im Hinblick auf das Territorialitätsprinzip	94
II. Schranken seiner Wirksamkeit	96
III. Zwischenergebnis	97
<u>D. Der Wirtschaftsausschuß bei inländischen Betrieben ausländischer Unternehmen</u>	98
I. Die Position des Wirtschaftsausschusses	99
II. Auswirkungen auf Zuständigkeit und Funktion des Wirtschaftsausschusses	100
III. Zwischenergebnis	102
<u>E. Die Möglichkeit der Entsendung deutscher Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat eines ausländischen Unternehmens mit deutschen Betrieben</u>	103

	Seite
<u>IV. TEIL</u>	107
<u>DIE AUSLEGUNG DES BETRIEBSVERFASSUNGS- GESETZES IM HINBLICK AUF DIE DISKREPANZ ZWISCHEN SEINEM GELTUNGSBEREICH UND DER FUNKTIONSFÄHIGKEIT EINZELNER AR- BEITNEHMERVERTRETUNGEN</u>	
<u>A. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Betriebsverfassungsgesetz und der angespro- chenen Arbeitnehmervertretung</u>	107
<u>B. Die Schaffung der Institution eines Gesprächs- und Verhandlungspartners im Inland</u>	112
I. Betriebsverfassungsrechtliche Interpreta- tion unter gesellschaftsrechtlichen Gesicht- punkten	114
II. Die Möglichkeit einer ergänzenden Gesetzes- auslegung	117
1. Fehlen einer ausdrücklichen gesetz- lichen Regelung	118
2. Voraussetzungen für einen Analogie- schluß gem. §§ 47, 106 BetrVG	121
<u>C. Die Problematik der Durchsetzbarkeit</u>	126
I. Die Bestellung eines Repräsentanten durch Gericht	126
1. Sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts	126
2. Die unmittelbare Berufung eines Unter- nehmensrepräsentanten durch das Gericht	128
3. Die Bestellung eines Abwesenheits- pflegers als Repräsentanten	132

	Seite
II. Das Erzwingen der Bestellung aufgrund strafrechtlicher Sanktionen	134
<u>D. Rechtswirkung im Hinblick auf die Tätigkeit einer im Inland gebildeten Arbeitnehmervertretung eines Unternehmens mit Sitz im Ausland</u>	136
Schlußbemerkung	144